Das „Hamburger Echo" erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: 1. Rate vom 1. bis 7. Sept. 1 500 000 M., vorauszahlbar, frei ins Haus. Für Abholer 1 350 000 M. Preise freibleibend. Auch durch d. Post zu beziehen.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Einzelpreis 200 000 M.

Hamburger Echo

Anzeigen die 13gespaltene Petitzeile 225 000 M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau". Stellenangebote 160 000, Stellengef. 55 000, priv. Familienanz. 75 000 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 115 000 M., von 10 bis 15 Zeilen 160 000 M. Reklamezeile 750 000 M. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße Nr. 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 241. Sonnabend, den 1. September 1923. 37. Jahrgang.

Steuern und Produktionssteigerung.

Dieser Artikel hat wegen Raummangels wiederholt zurückgestellt werden müssen; er stellt also keine Kritik oder Ergänzung zu der in der Beilage abgedruckten Rede des Reichswirtschaftsministers dar, sondern war vorher geschrieben und gesetzt. Hier wie dort sind wesentliche Teile der großen Frage nicht erörtert, zum Beispiel die Frage des Abbaues der Parasiten im Handel. Zu der Rede des Ministers mag man Einschränkungen und Vorbehalte machen, aber jedenfalls sieht er dem Problem fest ins Auge. Jedem muß klar sein, daß die nächsten Wochen höchste Anforderungen an Willen und Nerven stellen werden. Jetzt heißt es: die Zähne zusammenbeißen!

Wer im Volke den Glauben erweckt, daß nach der Durchführung der neuen Steuern die Wirtschaft auf eine glatte Bahn gelangen wird, der betrügt sich und andere. Die Wahrheit ist: Wir stehen noch vor dem Berg! Der weitaus schwierigere Wegteil bleibt noch zu leisten. Der Ertrag der Steuergesetze reicht nur aus zur Deckung des notwendigsten Bedarfs. Und bereits ergeben sich auch aus den Steuergesetzen Schwierigkeiten für die Wirtschaft. Bisher lebten wir hinter dem Schleier der Inflation, er täuschte eine wirtschaftliche Blüte vor. Der Schleier zerriß noch vor dem Rücktritt der Regierung Cuno, mit einem Mal wurde der Blick frei in eine Lage voll fürchterlichster Gefahren. Der Sturz der Mark war nicht noch einmal durch inflationistische Mittel zu überwinden, plötzlich und ungehemmt setzten sich überdies auf dem heimischen Markte die Weltmarktpreise durch und dadurch wurde der Bedarf an Zahlungsmitteln ins Ungeheuerliche vergrößert. Rasche Umsetzung der Preissteigerungen in Lohnerhöhungen war unvermeidlich, aber gerade dadurch erhielt die Notenpresse einen verstärkten Antrieb. Sie zu bremsen, dazu soll das neue Steuererträgnis dienen; endlich soll das Reich aus der unerträglichen Lage kommen, in der die Ausgaben nur zu 1 % von den Einnahmen gedeckt werden. Aber der Griff in die Privatwirtschaft wirkt gerade im Augenblick schmerzhaft, denn die Privatwirtschaft ist ja teilweise auch mit Zahlungsanforderungen übermäßig in Anspruch genommen. So treibt ein Keil den anderen, das Reich muß Steuern fordern, die Steuern drosseln Teile der Wirtschaft, es entstehen Reibungen, die die Maschinerie weiter in Unordnung zu bringen drohen. Zum Ueberfluß werden die Steuern auch sabotiert, Zahlungsfähige wollen der Zahlung durch Betriebsstillegung entgehen. Von deutschnationaler Seite wird geradezu auf Steuersabotage hingearbeitet. Wir brachten am Dienstag die Aufforderung des pommerschen Landbundes, der zu „geschlossenem Widerstand" auffordert; „alle ehrenhaften Landwirte sollen nicht zulassen, daß man ihr Eigentum Forderungen zum Opfer bringe, die jeder vernünftigen und wirtschaftlichen Ueberlegung widersprechen". Tatsächlich hatten ja aber die Vertreter des Landbundes den Gesetzen zugestimmt. Also waren sie vernünftiger und wirtschaftlicher Ueberlegung unfähig? Ach nein, aber vor Tische las man es anders. Den Steuergesetzen stimmten unter Führung des Grafen Westarp die Deutschnationalen einmütig zu, weil sie von der Zustimmung die Erhaltung des Kabinetts Cuno erhofften. Cuno fiel und jetzt schreibt Graf Westarp in der „Kreuzzeitung": „Gerade ihre Zustimmung zu diesen Steuern macht den Deutschnationalen den Rücken frei zu rücksichtsloser Bekämpfung der brutalen Steuerpolitik des Herrn Hilferding."

Tatsächlich aber hat Hilferding keinen Buchstaben an den Gesetzen geändert; als brutal gelten die Gesetze mit einemmal, weil ihre stramme Durchführung zu erwarten ist. Die Deutschnationalen hatten wohl wieder nach der Regel der weißen Salbe verfahren wollen, die steuerpolitisch unter Helfferich in der Kriegszeit befolgt wurde. Damit freilich wird der dringendsten Not nicht gewehrt. Obgleich wir uns dessen bewußt sind, daß viele Schwierigkeiten sich ergeben müssen, muß auf der strikten Durchführung der Gesetze bestanden werden. Bricht der Staat zusammen, so ist auch die Privatwirtschaft erledigt. Die Gesetze mußten in drängender Hast zustandegebracht werden, ganz selbstverständlich enthalten sie mechanische, also ungerecht wirkende Bestimmungen. Daran tragen aber ausschließlich jene Parteien und zumeist die Deutschnationalen Schuld, die rechtzeitige systematische Reformen verhindert und dadurch sträflich den völligen Verfall der Reichsfinanzen herbeigeführt haben. Zweifellos werden die nächsten Wochen eine schreckliche Belastung nicht nur für die Betriebsinhaber, sondern für alle arbeitenden Volksgenossen in Deutschland bedeuten. Durch müssen wir! Es blieb nur die Wahl, entweder Reich und Wirtschaft und das ganze soziale Wesen im Sumpf versinken zu lassen, oder mit der stärksten Anspannung der Kräfte und selbst um den Preis der Erleichterung des Gepäcks auf einen sicheren Weg zu retten, was zu retten ist. Wir alle müssen uns jedoch darüber klar sein, daß künftig die Wirtschaft dauernd wird Lasten tragen müssen von weit größerem Ausmaß als bisher. An der deutschen Wirtschaft rächen sich die Sünden Helfferichs aus der Kriegszeit und es rächt sich, daß die großen Wirtschaftsmächte den Erfüllungsplan sowohl Helfferichs als auch Wirths und Rathenaus zuschanden machten. Erzberger hatte durch einen kühnen Griff in die Sachwerte die Privatvermögen den Reparationslasten dienstbar machen wollen. Wirth und Rathenau strebten zu ähnlichen Zielen. Die Sachwertbeteiligung des Reiches hätte natürlich die Privatwirtschaft empfindlich getroffen, der private Luxus und die Investierung immer neuer Milliarden wären dadurch stark beschnitten worden. Der Schmerz wäre jedoch jetzt im wesentlichen überstanden; aus lauter Furcht vor der Operation ließ man den Brand weiter fressen und nun müssen noch mehr Gliedmaßen geopfert werden. Es geht um Leben und Tod! Die Zähne zusammen gebissen und die schmerzliche Operation überstanden, anders ist Deutschland nicht mehr zu retten.

Aber auch darüber sei jeder im klaren, daß mit der großen Steueraktion und der von ihr notwendig ausgehenden Einengung des Lebenszuschnittes immerhin ziemlich breiter Kreise das Uebel nicht behoben wird. Uebersteht der Patient die Operation, deren Ausführung lebensnotwendig ist, dann müssen sofort weitere Maßnahmen folgen. Maßnahmen von der Art, wie Rathenau sie in Aussicht nahm. Sie fordern zunächst Sparsamkeit an allen Ecken und Kanten, besonders im öffentlichen Haushalt. Reich, Staat und Länder werden vieles beschneiden müssen, zumal der Verwaltungsapparat ist stark zu vereinfachen. Und noch wichtiger: die Ergiebigkeit unserer Arbeit muß bedeutend gesteigert werden. Im Juni-Heft des Wiederaufbau von Parvus findet sich eine Berechnung über den Rückgang wichtigster Produktionszweige. Seit 1913 ist bis 1922 die Erzeugung von Eisenerz um ein Sechstel gesunken, die Erzeugung von Roheisen hat sich pro Kopf um 127 Kilogramm vermindert; an Stelle eines Ausfuhrüberschusses von 613 000 Tonnen ist ein Defizit von 683 000 Tonnen getreten. Auch die Kohlenförderung steht noch trotz der starken Steigerung der Braunkohlenförderung weit zurück. Vermögen wir unsere Produktion nicht zu steigern, so ist alles andere für die Katz', Poincarés Wort von den 20 Mill. Deutschen, die zu viel sind, wird in der schauerlichsten Weise von der Praxis erfüllt werden. An der Verteilung des Ertrages der Arbeit ist gewiß viel zu bessern; leider steht es so, daß immer noch Schiebertum und anderes Gesindel einen wesentlichen Teil des Erzeugnisses rüstigen Schaffens an sich reißt. Aber auch wenn die Verteilung von Grund auf reformiert wird, so kann doch nicht verteilt werden, was nicht vorhanden ist. Wenn wir weniger erzeugen als vor dem Kriege und daraus noch Reparationslasten erfüllen, dann muß notwendig der Lebensspielraum der Volksgenossen stark verengt werden. Erweiterung tut aber doch not!

Steuern, damit der Reichshaushalt in Ordnung gebracht, die Notenpresse angehalten und die Mark gehoben werden kann; Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung und im gesamten Haushalt von Staat und Wirtschaft; endlich Steigerung des Ergebnisses unserer Arbeit: diese drei Mittel sind energisch zu handhaben. Alle drei gemeinsam angewandt und einander ergänzend, bringen uns aus dem Sumpf und über den Berg!

*

Die Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Tagen veranlaßt nunmehr auch den „Vorwärts", nach „diktatorischen Maßnahmen" zu fordern. Er schreibt dann noch u. a.: Die Bilanz ist trostlos darum, weil infolge des Währungselends die Ware vom Produzenten nicht mehr zum Verbraucher kommt, die industrielle Produktion selbst immer mehr zurückgeht, während für alle Lebensmittel die Preise ins ungeheuerliche steigen. Dem Abwarten und Zusehen, bis am 15. September der Devisenfonds vielleicht geschaffen ist, oder die Lohnsteuer, die teilweise durch die Geldentwertung schon wieder überholt ist, durch rasche und stetig fließende neue Steuern ersetzen, dazu ist heute nicht mehr Zeit. Sofort und ohne jeden Verzug müssen Maßnahmen getroffen werden, welche einen weiteren Marksturz verhindern können. Das Problem spitzt sich so zu zu der Frage, wie die Goldwährung mit neuen wertbeständigen Zahlungsmitteln aufgerichtet werden kann. Voraussetzung dafür ist, daß die Regierung sich die Mittel zu der Durchführung der Goldwährung beschafft. Angesichts der Tatsache, daß Industrie und Handel über erhebliche bisher nicht angetastete Bestände an fremden Zahlungsmitteln verfügen und daß es noch genug Werte gibt, die allgemein als „Goldwerte" gelten, kann die Frage nicht mehr lauten, ob, sondern vielmehr wie man diese zur Schaffung einer neuen Währung heranzieht. Die Entscheidung muß aber mit größter Beschleunigung fallen."

Havensteins Abgang.

Der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Havenstein und des Vizepräsidenten v. Glasenapp wird vom „B. T." als sicher bezeichnet. Havenstein sowohl wie Glasenapp dürften in kurzer Zeit auf Urlaub gehen, von dem sie nicht mehr auf ihre Posten zurückkehren werden. Den Gnadenstoß hat Herr Havenstein die Entscheidung in der Feststellungsklage wegen der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden gegeben. Das Gericht erkannte, daß die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden zu Unrecht erfolgte, also eine Maßregelung darstellt. Damit wird Herrn Havenstein auch von Berufsrichtern bestätigt, daß er und sein Direktorium, das mit ihm eines Geistes ist, einen Standpunkt halsstarrig verfochten haben, der sich am allerwenigsten für einen Arbeitgeber an der Spitze eines Unternehmens, wie die Reichsbank, ziemt.

Kabinettssitzung.

Aus Berlin erfahren wir: Die Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Tagen hat scheinbar in Regierungskreisen die Ueberzeugung reifen lassen, daß jetzt die angekündigte verfassungsmäßige „Diktatur der Mehrheit" ihre Durchführung erfahren muß. Am Sonnabend vormittag 10 Uhr trat das Reichskabinett zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in der Entscheidungen von außergewöhnlicher Bedeutung gefällt werden sollen.

Am Freitag nachmittag sprach eine Abordnung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes beim Reichskanzler vor, um ihn auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Sie verlangten entschiedene Maßnahmen gegen den weiteren Verfall der Mark.

Bedenkliche Schritte einer Landesregierung.

Wie wir aus Berlin erfahren, ist im Reichsfinanzministerium eine Eingabe des Bremer Senats eingelangt, die sich gegen die drückenden Steuern, die zurzeit dem deutschen Volke auferlegt sind, wendet. Ganz abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, die dagegen geltend gemacht werden müssen, daß eine Landesregierung gegen Steuern protestiert, die von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes beschlossen wurden, muß festgestellt werden, daß dieser Protest um so unverständlicher ist, als durch die neuerliche Herabdrückung des Wertes der Mark auf die Hälfte, wie sie in den letzten Tagen erfolgt ist, ohnedies für einen großen Teil der Steuern eine wesentliche Erleichterung eingetreten ist, eine Erleichterung, die allerdings für den Staatshaushalt geradezu eine ernste Gefahr bedeutet. Um ein eklatantes Beispiel anzuführen, so ist z. B. die für ein Leicht-Motorrad zu zahlende Summe, die vor 14 Tagen noch einem Werte von 12 Dollar entsprach, heute auf zirka 5 bis 6 Dollar herabgesunken. Aehnliche Steuererleichterung infolge der Markentwertung ist für die meisten Zahlungen eingetreten, da sich ja das Prinzip der wertbeständigen Steuern nur erst zum geringsten Teil durchgesetzt hat.

Es geht nicht an, daß sich Landesregierungen in den Dienst von Interessentengruppen stellen bezw. zum Sprachrohr dieser Schichten und ihrer immerhin nicht sehr zulänglichen Argumente werden. Alle Parteien waren sich der relativen Unzulänglichkeit der Steuern und der teilweisen Ungerechtigkeit bewußt, die sie mit sich bringt. Das darf aber nicht dazu führen, daß sich eine Landesregierung indirekt zum Fürsprecher jener Schichten macht, die ohnedies nach moralischen Hintertürchen für ihre Sabotaggepläne suchen, und es muß überdies mit allem Nachdruck betont werden, daß es sich merkwürdig genug ausnimmt, wenn in einer Stunde, wo das Leben der Nation in Gefahr ist, wo alles unmittelbar auf dem Spiele steht, eine Landesregierung einer Abschwächung von Maßnahmen das Wort redet, die allein Deutschland vor Zusammenbruch und Chaos retten können.

Wir wollen dringend hoffen, daß keine andere deutsche Landesregierung Bremen auf diesem gewiß nicht sehr ehrenvollen Wege Folge leisten wird.

Der preußische Justizminister hat den Kammergerichtsrat Genossen Freymuth zum Senatspräsidenten am Kammergericht in Berlin ernannt. Freymuth war früherer parlamentarischer Staatssekretär im preußischen Justizministerium. In letzter Zeit ist er besonders durch die Wiedergabe des Ritter-Telegramms in seiner Broschüre über den Fechenbach-Prozeß hervorgetreten. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Siegfried Rosenfeld ist als Referent für Strafrecht in das preußische Justizministerium berufen worden.

Dollar (vorbörslich) 11³⁰ Uhr: 12 200 000.

Mussolini besetzt Korfu.

WTB. Rom, 1. September.

Mussolini richtete an die italienischen Auslandsvertretungen folgende Depesche:

Auf die gerechten Forderungen Italiens infolge der barbarischen Ermordung der italienischen Militärdelegation auf griechischem Gebiet hat die griechische Regierung mit Worten geantwortet, die tatsächlich

einer vollständigen Zurückweisung der italienischen Forderungen gleichkommen.

Diese ungerechtfertigte Haltung versetzt Italien in die Notwendigkeit, in der griechischen Regierung das Gefühl für ihre Verantwortlichkeit wachzurufen und hat infolgedessen den Befehl erteilt,

eine Abteilung italienische Truppen auf Korfu zu landen.

Durch diese Maßnahme, die nur einen zeitlichen Charakter hat, beabsichtigt Italien nicht, eine kriegerische Handlung auszuführen, sondern nur sein Ansehen zu wahren, seinen unerschütterlichen Willen zu bekunden und die Wiedergutmachungen zu erhalten, die Griechenland ihm nach Herkommen und Völkerrecht schuldet. Die italienische Regierung wünscht, daß Griechenland keine Handlung begehe, die die friedliche Natur dieser Maßnahme ändern könnte. Das soeben Ausgeführte schließt keine Sanktionen aus, die die Botschafterkonferenz ergreifen wird auf Grund der Tatsache, daß die italienische ermordete Delegation einen Teil der Grenzabsteckungskommission bildete, und daß ihr Vorsitzender, General Tellini, Beauftragter der Botschafterkonferenz war.

*

Ueber die Vorgänge bei der Besetzung meldet eca. aus Athen: Am 31. August, nachmittags 3 Uhr, traf ein italienischer Schiffskapitän in Korfu ein und teilte dem Präfekten mit, daß eine italienische Flottendivision die Insel blockiere und daß um 4 Uhr die friedliche Besetzung der Insel beginnen werde. Bald danach traf eine italienische Flottendivision im Hafen von Korfu ein. Der Kommandant verlangte die Uebergabe der Stadt und das Aufziehen der weißen Flagge, die alsdann durch die italienische Flagge ersetzt werden sollte. Der Präfekt bat um die Erlaubnis, sich vorher mit seiner Regierung in Verbindung setzen zu dürfen, um Instruktionen einzuholen, und fügte hinzu, daß er, wenn man ihm das nicht gestatte, gezwungen sein werde, Widerstand zu leisten. Bevor jedoch der Präfekt Instruktionen von seiner Regierung erhalten hatte, begannen schon die italienischen Truppen an Land zu gehen. Das Kommando über die Stadt übernahm Admiral Pollini, der die Garnison und die Gendarmerie aufforderte, sich zu ergeben. Die griechischen Truppen wurden entwaffnet, die Garnisonen von italienischen Truppen besetzt und das Kriegsmaterial beschlagnahmt.

Einer weiteren Blättermeldung aus Rom zufolge sind auf Befehl der italienischen Regierung sämtliche Schiffsverbindungen zwischen Italien und Griechenland unterbrochen worden.

*

Die italienische Presse sucht in Uebereinstimmung mit der offiziellen Meinungsäußerung Mussolinis die Besetzung als eine im Grunde harmlose Angelegenheit hinzustellen, so schreibt „Journal de Italia": Es handelt sich nicht um einen feindlichen Akt im Sinne des internationalen Rechts, sondern um eine Pfandnahme zur Garantierung der italienischen Forderung. Es wird gegen Griechenland kein Krieg geführt, sondern nur das Recht einer beleidigten und verletzten Kriegsmacht verteidigt.

Die Ententepresse beschäftigt sich sehr lebhaft mit dem griechisch-italienischen Konflikt, wobei insbesondere aus den französischen Stimmen eine gewisse Sympathie für die Pfandnahme Mussolinis aus naheliegenden Gründen zum Ausdruck kommt. Die englische Presse äußert Besorgnisse. — Wie der „Matin" meldet, haben die Beratungen der Botschafterkonferenz über das Telegramm, das kürzlich an Griechenland gerichtet wurde, sehr lange gedauert. So einmütig man die Tat verurteilte, so sei man sich doch nicht ganz einig gewesen über die zu ergreifenden Maßnahmen bezüglich deren der britische Vertreter Einwendungen machte.

In England herrscht die Auffassung vor, daß der Konflikt dem

Völkerbund

zu überweisen sei, eine Meinung, die auch in Griechenland selbst an Boden gewinnt.

Der Konflikt ist jedenfalls durch das völkerbundswidrige Vorgehen Mussolinis außerordentlich verschärft und die Kriegsgefahr vergrößert.

Griechenland gegen die demütigenden Bedingungen.

Zaristischer als das alte Rußland.

Die griechische Regierung verbreitet durch ihr amtliches Pressebureau eine Darstellung der Lage (allerdings vor der Besetzung Korfus) der wir folgendes entnehmen: Die Behauptung der italienischen Presse, die griechischen Blätter führten eine systematische Campagne gegen Italien, was für die Verantwortlichkeit oder sogar für die Mitwisserschaft der griechischen Regierung in Sachen der Ermordung der italienischen Militärdelegation beweiskräftig sei, ruft in Griechenland großes Erstaunen hervor. Dabei spricht die Tatsache mit, daß die griechische Presse seit langer Zeit für eine enge Freundschaft zwischen Griechenland und Italien eintrat. Was im besonderen die italienische Militärmission anlangt, so steht fest, daß die griechischen Zeitungen niemals gegen sie einen Angriff brachten, wozu auch um so weniger Veranlassung vorgelegen habe, als die Grenzfestsetzungskommission Griechenland ein großes Stück der Kasta Kastoria zugesprochen habe.

Auch die Behauptung, daß das Verbrechen unter den Augen der griechischen Behörden verübt wurde, wird zurückgewiesen. Der nächste griechische Posten befindet sich 9 Kilometer vom Tatort und ist von ihm durch dichten Wald getrennt. Der Posten konnte von den Vorgängen nichts wahrnehmen. Zu den in der Note gestellten Forderungen wird festgestellt, daß sie einen besonders schweren und demütigenden Charakter haben. Man erinnert daran, daß selbst das zaristische Rußland nach der Ermordung russischer Konsuln durch die Albanier der Türkei Abdul Hamids eine weniger demütigende Sühne auferlegte. Die griechische Regierung werde mit Freuden jeden Beweis entgegennehmen, der ihr zugängig gemacht wird, wenn auf diese Weise die Tätigkeit der militärischen Gerichtsbehörden gefördert werden könne. Die griechische Regierung sei bereit, jede mit ihrer Würde verträgliche Genugtuung und jede vernünftige Entschädigung zu gewähren, könne aber die demütigenden Bedingungen, die in den Annalen der diplomatischen Geschichte ohne Vorgang seien, nicht annehmen.

Lebenslauf des heiligen Wonnebald Pück.

Eine Erzählung von Ricarda Huch.

[18]

Der geistliche Kammerherr, der dem Bischof die goldene Rose zu überbringen hatte, glaubte weder an Gott noch an die Heiligen noch an sonst etwas und konnte sich nichts anderes vorstellen, als daß der Kluser Bischof ein Mann von feinster Klugheit und Ueberlegenheit sein müsse, daß er den Leuten eine so abgeschmackte Wundergeschichte habe eingeben und verdaulich machen können. Es selbst war in der diplomatischen und schriftstellerischen Laufbahn zu einem großen Ansehen gelangt, niemals aber hatte er sich in den Geruch der Frömmigkeit bringen können, und bewunderte deshalb nichts so sehr wie die Hinterlist und Gaukelkunst, vermöge der es einem gelang, die Rolle des Gottesmannes zu spielen. Der Bischof feierte nach seiner Weise die Anwesenheit des päpstlichen Gesandten durch ein prächtiges Mahl in seiner Burg, wobei alle Kunstwerke und Erzeugnisse des Gewerbes, als Bilder, Statuen, Gläser, Schüsseln und Silberzeug, zur Ausstellung gebracht worden waren, so daß man nicht wußte, wohin man blicken und was man kosten sollte. Es war auch um diese Zeit der Justizrat Schimmelmann von seiner Reise zurückgekehrt und zum Feste eingeladen, das er durch geistreiche Erzählungen und vieldeutige Witze aufs anmutigste belebte. Wonnebald aß und trank mit Lust und ließ es an geeigneter Stelle nicht an einem munteren Ausruf fehlen, meistens aber schwieg er mit beifälliger Herablassung, denn er hatte sich mittlerweile daran gewöhnt, das Lamm Gottes darzustellen, und träufelte nur von Zeit zu Zeit, wie wenn er nicht anders könnte, etwas Salbungsvolles und Erbauliches ins Gespräch. Der Ueberbringer der Rose beobachtete den durchtriebenen Ränkeschmied, als den er den Bischof ansah, neidvoll bescheiden, behandelte ihn mit Ehrerbietung und hinterbrachte dem Papste einen über alle Maßen günstigen, fast begeisterten Bericht über den erleuchteten Betrieb des Pückschen Bischofssitzes.

Indessen bekam Wonnebald die Mahlzeit, die er beim Rosenfeste zu sich genommen hatte, schlecht; was erst nur eine leichte Störung in den verdauenden Organen zu sein schien, erwies sich als tückische Krankheit, die den prangenden Körper in wenigen Tagen zerstörte und als Leiche zurückließ. So unerwünscht dies jähe Sterben dem Bischof sein mochte, der sein Dasein so geschickt und fröhlich zu benutzen verstand, so gewinnbringend war es für sein Gedächtnis, daß sich nun an den glorwürdigsten Punkt seiner Laufbahn anknüpfen mußte. Das Trauergepränge dauerte mehrere Tage, und während derselben verbreitete sich das Gespräch häufig um die Frage, wie man den Verblichenen geziemend und dauerhaft ehren könne, sei es durch ein Denkmal oder eine beschreibende Darstellung seines Lebenswandels, was aber alles dem allgemeinen Gefühl noch nicht Genüge tat. Da nun im Reden der Bevölkerung sowie in dem Nachruf, den der Medizinalrat zum Andenken Wonnebalds in den Zeitungen drucken ließ, derselbe beiläufig als ein heiliger Mann war bezeichnet worden, kam man von selbst dazu, ohne daß ein bestimmter Urheber des Gedankens hätte genannt werden können, an die Heiligsprechung des Bischofs zu denken und ebendiese als die passendste Würdigung seiner Verdienste anzusehen. Die hohen Verbindungen des Medizinalrats ermöglichten es ihm, den Plan als einstimmigen Wunsch der Kluser Bevölkerung zu Ohren des Papstes zu bringen, der, obwohl er von allen Seiten nur das Beste über den Pückschen Lebenswandel gehört hatte, sich doch vorsichtig in einer so wichtigen Angelegenheit zurückhielt. Wie ausdrücklich sich auch die göttliche Meinung durch Aufsetzen der Marienkrone für den Bischof ausgesprochen hatte, schien es vom Standpunkte des nicht allwissenden Menschen doch geboten, die Lebensführung des Kandidaten Punkt für Punkt, gleichsam wissenschaftlich, auf seine Heiligkeit hin zu untersuchen, wodurch sich denn freilich auch seine unbedingtesten Verehrer zunächst in eine gewisse Verlegenheit versetzt fanden. Bei näherem Bedenken indessen sagten sie sich, daß, wenn Wonnebald auch nicht in Höhlen gelebt, noch sich ausschließlich vom Tau des Himmels oder durch Berührung der Hostie ernährt, noch überhaupt in dieser gewissermaßen älteren Richtung Löbliches und Wundervürdiges vollbracht habe, er hingegen die Tugenden der Demut und Einfalt, welche die eigentlich christlichen seien, bis zum äußersten getrieben habe, wie er denn die von Gott empfangene Auszeichnung vor jedermann verheimlicht habe und bis zum Ende haben würde, wenn ihn nicht die Verleumdung der Bösen zur Mitteilung gezwungen hätte. Er hätte, sagten sie, ohne sich je der Wissenschaft zu bedienen, die so oft die Feindin des echten Glaubens sei, eine hohe kirchliche Würde erlangt, von innen erleuchtet oder durch Eingebung von oben zur Verwaltung eines so schweren Amtes befähigt. Immer mehr im frommen Eifer sich erhitzend, fügten diese Sachwalter des Bischofs hinzu, daß, wenn nicht mehr oder überhaupt gar keine staunenswerten Taten von ihm bekannt seien, dies sich eben von seiner vollkommenen Demut herschreibe, mit der verglichen die meisten Heiligen, von denen die Geschichte wisse, unchristlicher Ruhmsucht gekrönt hätten.

Diese nachdrücklichen Begründungen konnten in harmonischer Weise durch ebenso bedeutende materielle Kräfte unterstützt werden, was bei den großen Kosten, die die Heiligsprechung mit sich bringt, nicht gering anzuschlagen war. Ein glücklicher Einfall erinnerte die Unternehmer an die Marienkrone, die, nachdem sie aus dem Ofenloche des Bischofs ans Licht gefördert, mit Beschlag belegt war und sich nebst sämtlichen dazugehörigen Edelsteinen noch immer in gerichtlicher Verwahrung befand, und deren Geldwert hinreichte, um die Vollziehung des großen Geschäftes daraus zu bestreiten. Es hatte zwar die Absicht bestanden, der Gottesmutter ihre Krone zurückzugeben, doch ließ sich dagegen einwenden, daß sie dieselbe freiwillig und vermutlich aus guten Gründen an Wonnebald abgetreten habe, und daß man in ihrem Sinne handle, wenn man sie zur Erhöhung und ewigen Krönung seiner Person nutzbar mache.

Die Bevölkerung von Kluis hatte die Sache ihres Bischofs während der Entwicklung der Dinge völlig zu ihrer eigenen gemacht und sah in der Verzögerung eine ihr angetane Kränkung, woraus denn wiederum geschlossen werden konnte, was für ein dringendes Bedürfnis die Anbetung des Wonnebald im Volke sei. In Erwägung aller dieser Umstände zeigte sich der päpstliche Rat endlich geneigt, und die Einreihung des Bischofs in die Schar der Heiligen fand unter den üblichen Zeremonien zu vollkommener Befriedigung der Kluser Frommen statt. Das Bild Pücks wurde in der Burgkirche aufgehängt, mit nach oben gedrehten Augen, von wo eine Hand im Begriff war, das bekannte Diadem herunterzulassen, kunstlos gemalt, aber der andächtigen Gemeinde durch Vergegenwärtigung der seligen Gesichtszüge erbaulich. Auch der Erzbischof von Cajalba, der an gewissen Festtagen in der Kluser Kirche einen Gottesdienst abhielt, verweilte gern einige Augenblicke vor dem Bilde und beglückwünschte mit gedankenvollem Lächeln sich und die Menschheit über den zeitigen Tod des Bischofs, da, wenn er länger gelebt und seine Laufbahn so schleunig wie bisher fortgesetzt hätte, die Kirche schließlich gezwungen gewesen wäre, ihn zum Herrgott zu machen, um ihn seinen Verdiensten und dem allgemeinen Bedürfnis entsprechend weiter zu befördern.

Ende.

Die Geschichte eines Idioten.

Von Luigi Lucatelli.

Dieses Stück amüsanter Satire, vor dem Weltkrieg geschrieben, läßt ahnen, weshalb und wie sehr der Aufstieg des Faszismus in Italien möglich gewesen ist.

Signor Telesforo Coccia war ein Idiot. Jedoch kein ganz gewöhnlicher Idiot.

Er war konsequent, selbstbewußt und stolz auf seine Eigenschaften. Er pflegte zu sagen: „Schön, ich bin ein Idiot, aber wo ich sitze, sitze ich," und mit der Faust auf den Tisch zu hauen.

Er verfügte über eine vorgewölbte Stirn, die sich beulte wie ein überladener Reisekorb, große vorstehende Augen, eine platzgedrückte Nase, wulstige Lippen und einen wüsten Schopf. Er sah stets so aus, als wolle er mit dem Kopfe ein Hindernis aus dem Wege räumen, denn er hielt ihn stets gesenkt und leicht vorübergeneigt.

Als Knabe in der Schule hat er sich stumm und versteckt in den Ecken versteckt gehalten.

Auf diese Weise bekam jedermann den Eindruck, als wenn er über einen eisernen Willen verfüge. Als er sich zu den Prüfungen gemeldet hatte und dabei in allen Fächern durchgefallen war, sagte ein jeder: „Armer Teufel, er ist ein Idiot. Aber welch ein Wille!"

Tatsächlich hatte er überhaupt keinen Willen und hielt den Kopf nur deshalb vorübergebeugt, weil er so schwer war.

Als er zum Manne herangewachsen war, sahen ihn seine Mitbürger fast stets ohne Gesellschaft. Er sprach wenig, aber wenn er